

An die Bundesversammlung

«Bessere Chancen für Opfer von geschlechtsspezifischer Verfolgung»

Die Unterzeichnenden ersuchen die Bundesversammlung,

die Flüchtlingsdefinition im Asylgesetz anzupassen und geschlechtsspezifische Verfolgung als Verfolgungsgrund ins Asylgesetz aufzunehmen, wie es die Motion Prelicz-Huber vorsieht.

Begründung

- Die Aufnahme der frauenspezifischen Verfolgungsgründe ins Asylgesetz hat zu einer massgeblichen Sensibilisierung aller ins Asylverfahren involvierten Verwaltungsinstanzen und Institutionen geführt. Eine solche fehlt bis jetzt im Bereich der geschlechtsspezifischen Verfolgung weitgehend: Homosexuellen aus dem Iran wird zum Beispiel geraten, ihre Homosexualität im Geheimen auszuleben und auf diese Weise Problemen aus dem Weg zu gehen. Viele EntscheidungsträgerInnen können sich offensichtlich nicht vorstellen, was es heisst, ein Leben als HomosexuelleR in einem Land zu führen, das Homosexualität bekämpft, verbietet und schwer bestraft.
- Erfahrungen mit Asylgesuchen von Personen, die Verfolgungsgefahr aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer geschlechtlichen Identität geltend machen, zeigen, dass bei der Prüfung dieser Gesuche Faktoren wie der legalen Situation und dem erlittenen psychischen Druck im Heimatland sowie der gesellschaftlichen Stigmatisierung nicht genügend Rechnung getragen wird. Nur wenige der eingereichten Gesuche werden gut geheissen.

Aus diesen Gründen ersuchen wir die Bundesversammlung, die Motion Prelicz-Huber zu unterstützen und den im Asylgesetz definierten Flüchtlingsbegriff entsprechend anzupassen.

Senden Sie mir bitte kostenlos Information zu AI.

(Dieser Teil wird vor dem Weiterleiten der Petition abgetrennt).

Bitte ankreuzen wenn erwünscht!



-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

	Name	Vorname	Adresse	Unterschrift
1.				
2.				
3.				
4.				
5.				
6.				
7.				
8.				
9.				
10.				